

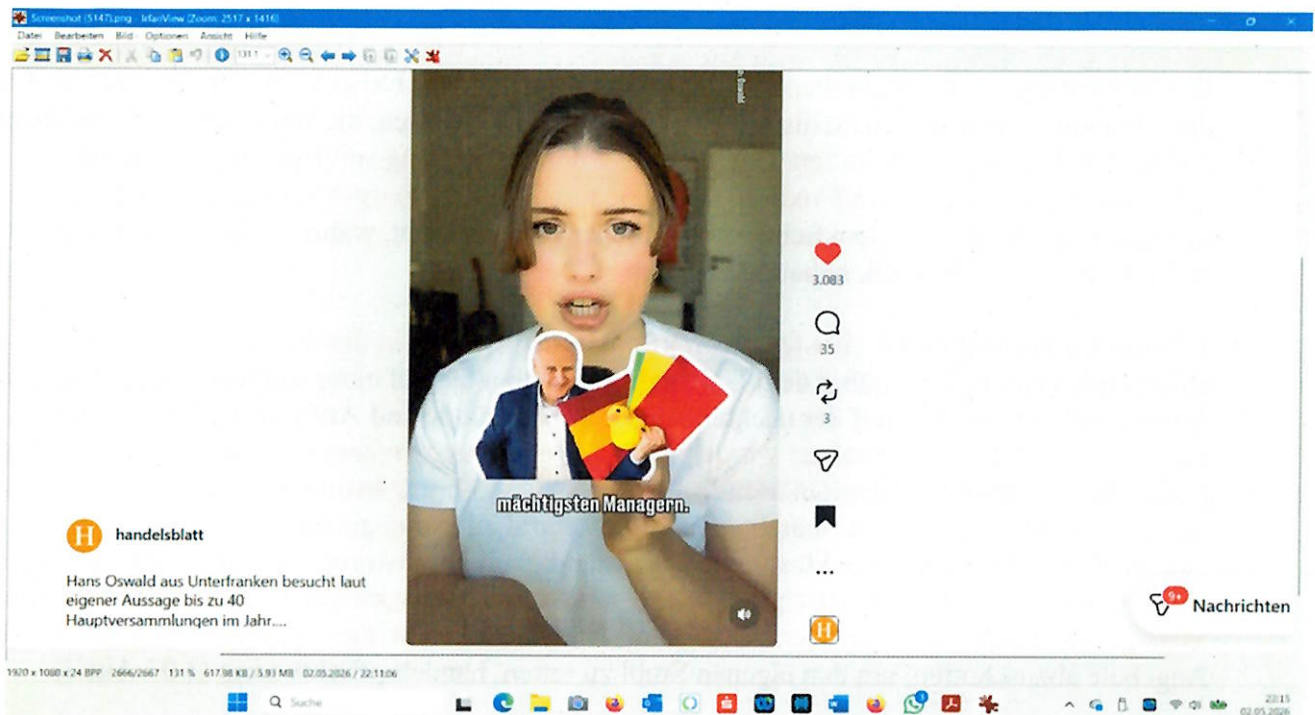
Aktionär Hans Oswald

aus der Schneewittchenstadt Lohr am Main

Ein Vorstand vom Verband Wohneigentum = VWE der sich ehrenamtlich für die Belange seiner Mitglieder einsetzt und Unregelmäßigkeiten, Missstände entgegenwirkt.

Wir haben Bundesweit viele hunderttausende von Mitgliedern....

Die Aktionäre bitte ich, meine Anträge, Gegenanträge zu unterstützen!



Das Handelsblatt berichtet über den Kleinaktionär der Deutschlands Hauptversammlungen aufmischt

<https://www.instagram.com/reel/DLHITvwtZW/>

[LINK](#)

Handelsblatt_Porträt_Oswald_Krapp Erschien am Wochenende 30.5.25

Handelsblatt Artikel_Hans Oswald_Online 28.5.25

Ich stelle hiermit den Antrag / Gegenantrag zu den TOP

gemäß §§ 126, 127 AktG,

Ich beantrage dazu bei allen **Vorständen und Aufsichtsräten** eine Einzelabstimmung.

Namentlich zur **Entlastung der Mitglieder des Vorstands (TOP 3)**, zur **Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats (TOP 4)**, zur **Billigung des Vergütungsberichts (TOP 6)** sowie zu den **Ermächtigungen über den Erwerb und die Verwendung eigener Aktien (TOP 7 & 8)**,

Antrag: Die Hauptversammlung möge die zu den genannten Tagesordnungspunkten von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Beschlüsse ablehnen. Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats ist die Entlastung für das Geschäftsjahr 2025 zu versagen. Die Vergütungssysteme sowie die Ermächtigungen zum Aktienrückkauf sind vollumfänglich zurückzuweisen.

Begründung:

Die Verwaltung der Commerzbank AG hat sich in einer für die Existenz des Instituts und das Vermögen der Aktionäre kritischen Phase als unfähig oder unwillig erwiesen, die Interessen der Anteilseigner über die eigenen Privilegien zu stellen. Der gesamte Kurs der Führung seit Bekanntwerden der Übernahmeabsichten der UniCredit S.p.A. gleicht einer Wagenburg-Mentalität, die primär dem Erhalt überbezahlter Posten und dem Schutz persönlicher Pfründe dient, während die Aktionäre als lästiges Beiwerk der Konzernpolitik behandelt werden.

I. Interessenkonflikt und „Posten-Protektionismus“ Es besteht der dringende Verdacht, dass die ablehnende Haltung gegenüber dem UniCredit-Vorstoß nicht auf einer seriösen betriebswirtschaftlichen Analyse basiert, sondern auf der nackten Angst der Vorstände und Aufsichtsräte vor einem Kontrollverlust. Eine Übernahme würde zwangsläufig Synergien heben – was im Klartext bedeutet: Die Redundanz einer überdimensionierten und ineffizienten Führungsstruktur würde aufgedeckt. Anstatt im Sinne einer Optimierung des Shareholder Value neutral alle strategischen Optionen zu prüfen, wird eine „nationale Lösung“ oder eine künstliche Eigenständigkeit beschworen. Dies dient einzig dem Zweck, die eigenen, weit über Marktdurchschnitt liegenden Bezüge zu zementieren und die Ersetzung durch fähigere Manager des Bieters zu verhindern. Wer sein Mandat dazu nutzt, das Unternehmen gegen werthaltige Angebote abzuschotten, um den eigenen Stuhl zu retten, handelt pflichtwidrig (§ 93 AktG).

II. Schamlose Vergütungsexzesse in der Krise (TOP 6) Es ist ein Schlag ins Gesicht jedes Aktionärs, wenn die Verwaltung in Zeiten fundamentaler strategischer Unsicherheit und einer drohenden feindlichen Übernahme die Billigung von Vergütungsberichten verlangt, die massive Steigerungen der variablen und fixen Bezüge vorsehen. Während die Bank im europäischen Vergleich bei der Profitabilität (Cost-Income-Ratio) weiterhin Nachholbedarf hat, genehmigt sich die Führungsebene Boni, als befände man sich in einer Phase beispiellosen Wachstums. Diese „Pay for Presence“-Mentalität statt „Pay for Performance“ ist inakzeptabel. Ein Management, das sich in einer Abwehrschlacht gegen einen Wettbewerber befindet, sollte durch Verzicht führen, statt die Bezüge nach oben zu schrauben, um sich im Falle eines Ausscheidens vergoldete Fallschirme zu sichern.

III. Missbrauch von Aktienrückkäufen als Abwehrmechanismus (TOP 7 & 8) Die beantragten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts sind in der aktuellen Situation brandgefährlich. Es ist zu befürchten, dass diese Instrumente nicht zur Kapitalpflege, sondern als „Giftpille“ (Poison Pill) gegen UniCredit eingesetzt werden sollen. Durch gezielte Aktienrückkäufe und deren Verwendung zur Verwässerung oder zur Platzierung bei „befreundeten“ (sprich: managementtreuen) Investoren wird das Stimmrecht der freien Aktionäre entwertet. Wir lehnen es ab, dem Vorstand die Mittel in die Hand zu geben, mit dem Geld der Aktionäre deren eigene Mitspracherechte zu beschneiden, nur um den Status Quo der Verwaltung zu sichern.

IV. Vertrauensverlust und Verweigerung der Entlastung (TOP 3 & 4) Ein Vorstand, der die Aktionäre nicht als Eigentümer, sondern als Störfaktor wahrnimmt, verdient kein Vertrauen. Ein Aufsichtsrat, der dieses Gebaren deckt und die Vorstandsbezüge ungeprüft durchwinkt, kommt seiner Kontrollfunktion nicht nach. Die Intransparenz im Umgang mit dem Großaktionär UniCredit und die offensichtliche Priorisierung des Eigenerhalts vor der Rendite machen eine Entlastung unmöglich.

Wir fordern alle Aktionäre auf, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Die Commerzbank braucht eine Führung, die für den Aktienkurs arbeitet, nicht für das eigene Ego und das monatliche Fixum.

Im Voraus herzlichen Dank für Ihre Bemühungen und Ihr Verständnis!

Liebe Grüße aus der Schneewittchenstadt Lohr am Main

.....
Hans Oswald